

SPD sozialdemokratischer pressediens

P/XXIX/229

2. Dezember 1974

Der sichere Weg für Berlin

SPD kämpft am 2. März um einen breiten Vertrauensbeweis
Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin, Landesvorsitzender
der Berliner SPD und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 79 Zeilen

Eine staatsmännische Leistung

Zur Rede des Kanzlers auf dem Parteitag der Labour
Party

Von Wilhelm Dröcher

Präsident des Bundes der sozialdemokratischen Parteien
der Europäischen Gemeinschaft und Mitglied des SPD-
Präsidiums

Seite 3 / 35 Zeilen

Das Ziel: Vertrauen gewinnen !

Die SPD zieht Konsequenzen aus den 1974er Wahlen

Seite 4 / 45 Zeilen

Der soziale Wohnungsbau kann noch sozialer werden

Trotz objektiver Probleme ist er Schrittmacher im ge-
samten Wohnungswesen

Von Hedwig Meermann MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung/Bau-
wesen/Städtebau und stellv. Vorsitzende der Bundesar-
beitsgemeinschaft für Städtebau- und Wohnungspolitik
SPD

Seite 5 bis 7 / 118 Zeilen

Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Rumänien: KP weiter auf eigenem Kurs

Deauceuscu: Absage an jeden Majorisierungsversuch

Seite 8 und 9 / 84 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckart

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 32 80 37 - 38
Telex: 95 88 946 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Der sichere Weg für Berlin

SPD kämpft am 2. März um einen breiten Vertrauensbeweis

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin, Landesvorsitzender der
Berliner SPD und Mitglied des SPD-Vorstandes

Der Landesparteitag der Berliner Sozialdemokraten hat einstimmig das Wahlprogramm für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 2. März 1975 verabschiedet. Die große Einmütigkeit hatte sich schon im Vorfeld dieses Parteitages abgezeichnet. Der von einer 12köpfigen Kommission ausgearbeitete Entwurf war im September vorgelegt und seither in der gesamten Partei lebhaft, aber sehr sachbezogen diskutiert worden. Das war und ist die beste Voraussetzung dafür, daß wir Berliner Sozialdemokraten in voller Geschlossenheit in den Wahlkampf gehen. Ein wesentlicher Grundstein für einen Erfolg am 2. März ist damit gelegt.

Unser Wahlprogramm ist unlösbar verbunden mit der Leistungsbilanz, die wir im Sommer dieses Jahres präsentiert haben. Dieser Bericht zeigt, daß wir halten, was wir versprechen, und daß man sich auf uns verlassen kann. Wir meinen, daß unsere Stadt in den vergangenen vier Jahren viel hinzugewonnen hat. Es sind entscheidende Marksteine gesetzt worden, auf denen wir nun aufbauen können. Die Grundlagen unserer Politik bleiben die Überhoheit der drei Schutzmächte und die Bindungen Berlins an den Bund, für die das Vier-Mächte-Abkommen - das entscheidende Ereignis der vergangenen vier Jahre - den zukunftsweisenden Rahmen setzt. Das Abkommen hat für das Leben in der geteilten Stadt spürbare Erleichterungen gebracht; wir können ungehindert ins Bundesgebiet fahren, wir können Ostberlin besuchen und in die DDR reisen. Wo es aber Schwierigkeiten gibt, da werden wir sie in der Zukunft ebensowenig verniedlichen wie in der Vergangenheit. Im Gegenteil: Wir bestehen in jedem einzelnen Falle darauf, daß das Abkommen der Vier Mächte - wie vereinbart - strikt eingehalten und voll angewendet wird. Darin lassen wir uns von niemandem beirren.

Unser Wahlprogramm ist geprägt von dem Ziel, das Gleichgewicht von aktiver Friedenssicherung nach außen und demokratischen Reformen im Innern zu bewahren. Daß in diesem Zusammenhang der inneren Sicherheit ein zentraler Stellenwert zukommt, brauche ich nicht eigens zu betonen. Das Wahlprogramm trägt dem Rechnung. Eine Wahlplattform ist kein Parteiprogramm. Deshalb auch legen wir immer wieder großen Wert auf die Feststellung, daß wir einbezogen und eingebettet sind in die Entwicklungen und Entscheidungen in der Bundesrepublik. Wir haben also in der gebotenen Nüchternheit beschrieben, was in den nächsten vier Jahren hier in Berlin zu leisten ist. Der Grundsatz der Solidität, der sich schon an dem engen Bezug zur Leistungsbilanz ausmachen läßt, gilt auch für die Realisierungschancen unseres Programms. Es enthält nicht ein einziges Vorhaben, das nicht finanzierbar ist. Die Kontinuität sozialdemokratischer Politik für Berlin ist offenkundig: Was in der Finanz- und Investitionsplanung der nun zu Ende gehenden Legislaturperiode angelegt

ist, wird in den nächsten vier Jahren in die Wirklichkeit umgesetzt werden können.

Das gilt insbesondere für einen unserer wichtigsten Programmpunkte, nämlich den Wertausgleich zwischen den Bezirken. Wir wollen endlich darangehen und gleiche Lebensbedingungen in ganz Berlin schaffen. Weitere Schwerpunkte sind die berufliche Bildung und die Gesundheitspolitik. Daß die Sicherheit der Arbeitsplätze mehr denn je in den Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit rückt, daran habe ich auch vor dem Landesparteitag keinen Zweifel gelassen. Arbeitslosigkeit - das wissen wir aus unseren geschichtlichen Erfahrungen in Deutschland - kommt einer schweren Erkrankung unserer staatlichen Ordnung gleich. Allein deshalb schon muß sie ernstgenommen werden, allein deshalb schon nehmen wir Arbeitslosigkeit bei uns in Berlin - und sei sie auch statistisch noch so klein - sehr ernst.

An unserem Wahlziel für den 2. März 1975 haben wir Berliner Sozialdemokraten bisher keinen Zweifel gelassen und werden das auch in Zukunft nicht tun. Wer unsere Leistungsbilanz und unser jetzt vorliegendes Wahlprogramm sorgfältig prüft, wird feststellen, daß dieser Arbeitsauftrag die beste Grundlage ist, die absolute Mehrheit für die Berliner SPD erfolgreich zu sichern. Die Herausforderung der anderen Parteien nehmen wir denn auch in aller Gelassenheit, aber auch in aller Entschlossenheit an. Unsere Mitglieder, Freunde und Anhänger rufen wir auf, alle Kräfte zu mobilisieren und solidarisch auf das Ziel zu konzentrieren, die führende Kraft in der Stadt auch nach den Wahlen zu sein. Es sollte also niemanden wundernehmen, wenn wir uns an den allseits beliebten Spekulationen über die spätere Zusammensetzung des Senats nicht beteiligen. Hinter dem Rücken des Wählers wird es mit uns keine Absprachen und keine Wahlgeschäfte geben. Über die Führung der Stadt wird nicht entschieden in Parteibüros und Redaktionsstuben, darüber entscheiden allein die Berlinerinnen und Berliner am 2. März 1975. Eines allerdings ist schon heute festzuhalten, und zwar ohne Einschränkung: Auch nach den Wahlen werden wir eine große Koalition mit der CDU nicht eingehen.

Gerade für die, die mit den Berliner Verhältnissen nicht so vertraut sind, ist hier noch eine Klarstellung nötig. Wir Berliner Sozialdemokraten sind und bleiben Anhänger und Verfechter des sozial-liberalen Kurses in der Bundesrepublik - auch wenn wir in Berlin ohne die FDP regieren und auch in den nächsten vier Jahren ohne sie regieren wollen. Angesichts der besonderen Struktur der Berliner FDP, die zwar um jeden Preis in den Senat will, aber nicht einmal ihren Spitzenkandidaten zu benennen vermag, liegen die Dinge hier anders als im Bund. Wir Berliner Sozialdemokraten werden im Wahlkampf immer wieder deutlich machen: Wer diese Stadt auch in Zukunft sozialdemokratisch und liberal - kurz gesagt: sozial-liberal - regiert haben will, der muß sich für den sicheren Weg, der muß sich für die SPD entscheiden. (-/2.12.1974/ks/pr)

+ + +

Eine staatsmännische Leistung

Zur Rede des Kanzlers auf dem Parteitag der Labour Party

Von Wilhelm Dräscher

Präsident des Bundes der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen
Gemeinschaft und Mitglied des SPD-Präsidiums

Helmut Schmidt, Bundeskanzler und stellv. Vorsitzender der deutschen Sozialdemokraten, hat mit seiner Rede auf dem derzeit schwierigsten außenpolitischen Parkett, dem britischen, staatsmännisches Format bewiesen. Vor dem Parteitag der Labour Party hat Helmut Schmidt aber nicht nur den Mut des klaren und des offenen Wortes bewiesen, sondern auch seine Fähigkeit, sich in die speziellen Probleme des Partners hineinzusetzen. Zu den Problemen der britischen Arbeiterpartei gehört es, daß die Verhandlungen über den Beitritt zur EG unter konservativer Verantwortung geführt wurden, was hieß und heißt, daß die unvermeidbaren Lasten des Beitritts vor allem auf den kleinen Mann in Großbritannien abgewälzt wurden, während den Nutzen namentlich die Großwirtschaft daraus ziehen konnte.

Vor diesem Hintergrund wird das Bemühen der Labour-Regierung, doch noch bessere Bedingungen für Großbritannien zu erreichen, durchaus verständlich, aber nicht in allen Bereichen realistischer. Fraglos hätte der Parteitag sich vermutlich realistischer bei der verabschiedeten Resolution verhalten, wenn die Abstimmung über das Europa-Papier nicht vor, sondern erst nach der Rede des Europäers Helmut Schmidt stattgefunden hätte.

Die Offenheit des deutschen Bundeskanzlers hat selbst die Anti-Europäer unter den Delegierten offensichtlich beeindruckt, nicht weniger aber auch die Überzeugungskraft seiner sachlichen Argumente. Da die Labour Party eine durch und durch demokratische und freiheitliche Tradition hat, mußte es die Delegierten, wo immer sie in der EG-Frage auch standen, besonders nachdenklich stimmen, daß der Gast aus der Bundesrepublik Deutschland die Bewältigung der weltweiten Energiekrise, der Arbeitslosigkeit und der Inflation als eine echte internationale Aufgabe, ganz besonders damit für Sozialdemokraten und demokratische Sozialisten, bezeichnete.

Helmut Schmidts Wort, daß die politische Stabilität der westlichen Demokratien in Gefahr geraten könne, wenn es nicht gelinge, die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme durch eine internationale Zusammenarbeit zu lösen, sollte auch in Deutschland gehört und verstanden werden. Wenn die CDU/CSU auch weiterhin die auf die Bundesrepublik einwirkenden weltwirtschaftlichen Probleme lediglich zur Verbreitung von Unsicherheit und Angstpsychosen verwendet, wird sie schwerste Verantwortung auf sich laden. Auch das hat die Rede des Kanzlers in London in Erinnerung gerufen. (-/2.12.1974/ks/pr)

+ + +

Das Ziel: Vertrauen gewinnen !

Die SPD zieht Konsequenzen aus den 1974er Wahlen

Die SPD ist unruhig, sie stellt Fragen, sie drängt auf Antworten, aber sie ist alles andere als verunsichert. Das wäre sie, wenn sie an sich selbst, an ihrem Auftrag, an ihrem Programm, an ihren Zielen und an ihrem Wollen irre geworden wäre. Das aber ist sie ganz gewiß nicht. Die insgesamt 17 Konferenzen die der SPD-Vorsitzende zusammen mit dem Bundesgeschäftsführer Holger Börner in den letzten Monaten im ganzen Bundesgebiet durchgeführt hat, geben in ihrem Fazit ein übersichtliches und klares Bild des inneren Zustandes der SPD: Als der größten Partei der Bundesrepublik, an der die Wahlergebnisse von Hamburg bis Bayern natürlich nicht spurlos vorbeigegangen sind. Aber die daraus initiierte Unruhe produziert die Fragen, die die Organisation, der "Apparat" aus ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern an der "Basis", "vor Ort" also, an sich selbst und an die Führung stellt und auf deren Beantwortung sie drängt.

Willy Brandt hat sich die Sache und die Antworten, die von ihm erwartet wurden, nicht leicht gemacht, wenn sich auch im Verlauf der Konferenzen natürlich abzeichnete, wo die Schwerpunkte der Unruhe, die Kernpunkte der Fragen liegen. Die SPD ist ungeachtet ihrer organisatorischen Verbreitung über das ganze Bundesgebiet, eben von Hamburg bis Bayern, ein homogener Körper und sie agiert und reagiert so. Das könnte einen stärkeren Zentralismus verständlich machen, ja in Zeiten wie diesen geradezu nach ihm rufen lassen. Willy Brandt hat deutlich gemacht, daß die SPD an ihrem föderalen Charakter festhalten wird. Es wird also im Ergebnis der Überprüfung des "Apparates" auf seine Effektivität, auf seine Schlagkraft, seine Einsatzfähigkeit keine andere oder neue Grundorganisation geben. Aber man ist entschlossen, aus den Mängeln, aus den Unebenheiten, aus den manchmal sogar selbstgebastelten Schwierigkeiten und aus den Fehlern zu lernen, und die Parteiführung trifft in diesem Bestreben und in seiner Realisierung auf eine zur aktiven und lebendigen Mitarbeit bereite Organisation.

Im Grunde geht es, und dabei lügen sich weder die Führung noch die Mitarbeiter in die Tasche, konkret und gezielt um die volle Wiedergewinnung des großen Vertrauens, das die SPD an die Führung der Bundesregierung gebracht hat. Nicht die Partei ist nämlich verunsichert, sondern der Wähler, und aus dieser Erkenntnis, bei der man sich kein X für ein U vorwacht, will und wird die SPD ihre Konsequenzen ziehen. Es hat, das haben diese 17 Konferenzen gezeigt, keinen Ansatz gegeben, um sich an dieser Entwicklung und an ihren Ursachen vorbeizumogeln. Willy Brandt hat bei dem Bemühen, die Finger auf die Wunden zu legen, die Zustimmung der Ortsvereinsvorsitzenden und der hauptamtlichen Mitarbeiter gefunden, und deren Zustimmung schärfte die Argumentation.

Die SPD wird also im vollen Bewußtsein der Situation, in die sie im Gefolge der Großwetterlage, aber auch als Ergebnis eigener Unzulänglichkeiten hineingeraten ist, alle Mittel und Möglichkeiten ausnutzen, um ihr Bild in den Augen der Wähler wieder zu festigen: Ihr Bild als die große Volkspartei des Godesberger Programms, die Vertrauen ausstrahlt und Vertrauen daher auch verdient.

(ee/2.12.1974/ks/ee)

+ + +

Der soziale Wohnungsbau kann noch sozialer werden

Trotz objektiver Probleme ist er Schrittmacher im gesamten Wohnungswesen

Von Hedwig Maerzmann MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung/Bauwesen/Städtebau und
stellv. Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft für Städtebau-
und Wohnungspolitik der SPD

Es ist in den letzten Jahren zunehmend Mode geworden, über den sozialen Neutwohnungsbau möglichst allerlei Negatives zu sagen. Sicher hat der soziale Wohnungsbau an sich und haben die gemeinwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen, wie auch andere Bauherren, nicht nur Vorzüge, sondern auch Schwächen. Beide verdienen aber, daß einer rein abwertenden Kritik entgegengetreten wird. Von 1960 bis Ende 1973 sind 4,5 Millionen Sozialmietwohnungen gebaut worden. Davon befinden sich 2,2 Millionen im Bestand der Gemeinnützigen Wohnungswirtschaft. Diese Zahlen sprechen von einer gewaltigen Anstrengung und mancher besonders kluge ist sich offensichtlich nicht darüber im klaren, daß diese 2,2 Millionen Wohnungen in kurzer Zeit unter großem Bedarfsdruck mit immer knapp bemessenen Geld und nicht immer am günstigsten Platz gebaut wurden, weil ein unsoziales Bodenrecht dem im Wege stand. Wenn durch Spekulation mit Bauboden die bevorzugten Lagen für den sozialen Wohnungsbau zu teuer wurden, so soll man das nicht denjenigen anlasten, die sich um eine umfassende Wohnungsversorgung für alle Bürger zu tragbaren Mieten sorgten und sie auch ermöglichten, sondern denen, die ein fortschrittliches Bodenrecht so lange verhinderten.

Jetzt endlich erlauben es die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag, das Bundesbaugesetz so zu novellieren, daß die Sozialpflichtigkeit des Eigentums auch beim Bauboden Wirklichkeit wird. Trotz vieler objektiver Schwierigkeiten sind die Sozialwohnungen Schrittmacher für den Ausstattungstand des gesamten Wohnungsbaues. Wer erinnert sich heute noch daran, daß es vor gut 20 Jahren eine große Diskussion darüber gegeben hat, ob Sozialwohnungen Bäder haben sollten. Wenn wir jetzt im Bundestag in der Lage waren, den verbesserten Kündigungsschutz als Dauerrecht für alle Mieter zu beschließen und dieses Dauerrecht trotz des Widerstandes der CDU-regierten Länder im Bundestag am 1. Januar 1975 in Kraft tritt, so haben dabei auch die Erfahrungen eine Rolle gespielt, die die Gemeinnützige Wohnungswirtschaft mit ihren Dauermietverträgen gemacht hat.

Ich will nicht verschweigen, daß es bei den neueren Wohnungen auch Mietbelastungen gibt, deren Härte durch das Wohngeld nur unzureichend abgefangen werden kann. Das ist zumal dann der Fall, wenn wirtschaftlich schwache Familien, die nicht rechtzeitig in eine geeignete Wohnung kamen, jetzt eine der teureren Neuestbauwohnungen erhalten. Hier muß der soziale Mietwohnungsbau in der Tat noch sozialer werden. Dazu kann vor allem eine sozial gerechte Belegung der etwa 120.000 Sozialwohnungen beitragen, die jährlich durch Aus-

zug des bisherigen Mieters freiwerden. Das Gesetz schreibt vor, daß die bis zum 31. Dezember 1965 fertig gewordenen Sozialwohnungen dem Personenkreis vorbehalten bleiben, der um 20 vH unter der neuen Einkommengrenze liegt. Nur wenn keine entsprechenden Bewerber da sind, dürfen sie an Besserverdienende vermietet werden. Außerdem haben die Länder die gesetzliche Ermächtigung, daß sie in Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf die Gemeinden verpflichten, für jede freiwerdende Sozialwohnung drei geeignete Bewerber vorzuschlagen, weil die Gemeinden am ehesten die sozial richtige Auswahl treffen können. Leider machen von dieser Ermächtigung bisher nur zwei Länder unterschiedlicher politischer Couleur - nämlich Hessen und Bayern - Gebrauch.

Mit einer sorgfältigen Zuteilung der freiwerdenden Wohnungen kann sicherlich vielen Wohnungssuchenden dazu verholfen werden, daß für sie die Miete auch auf Dauer erschwinglich bleibt. Aber das generelle Ärgernis, daß die Mieten im älteren und neueren sozialen Mietwohnungsbau sich immer weiter auseinanderentwickeln, ohne daß dies durch Qualitätsunterschiede voll gerechtfertigt ist, ist damit noch nicht aus der Welt geschafft. Dieses Ärgernis hat seine Wurzeln neben den gestiegenen Bau- und Kapitalkosten vor allem in den Finanzierungssystemen der Länder, die alle paar Jahre zu Mietsprüngen führen. Hier sind in einigen Ländern Korrekturen unvermeidlich, denn nicht selten übersteigen die Erhöhungen der Neubaumieten die Steigerung der Einkommen. Für den künftigen Wohnungsbau erarbeiten Bund und Länder zur Zeit ein einheitliches Finanzierungssystem, das den subventionsbedingten Mietanstieg bremst. Darüber hinaus muß aber auch das Wohngeld, das sich im ganzen sehr bewährt hat, fortentwickelt und dynamisierungsfähig gemacht werden. Die Diskussion um eine Fehlbelegungsabgabe hat oft gerade diejenigen erschreckt, die bestimmt keine zu zahlen hätten, vor allem die Rentner. Sie können beruhigt sein: In absehbarer Zeit kommt es zu keiner Fehlbelegungsabgabe. Das Ärgernis ist nämlich kleiner geworden. Nach den Berechnungen, die Bundesbauminister Karl Ravens aufgrund der Wohnungsstichprobe 1972 hat anstellen lassen, werden zur Zeit noch rund 2 vH oder 90.000 Sozialwohnungen von Mietern bewohnt, die ihrem Einkommen nach dazu nicht berechtigt wären.

Eine andere Art der Fehlbelegung bereitet größere Sorgen: Das ist die erhebliche Überbelegung von Wohnungen durch Familien mit Kindern. Zwar haben wir unter den sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen in der Bundesrepublik ein bisher nicht dagewesenes Maß an Wohnungsversorgung erreicht. Aber noch jedes zweite Kind wächst in einer überbelegten Wohnung auf. Mehr als zwei Drittel aller kinderreichen Familien haben zu kleine Wohnungen. Nach einer neueren Untersuchung haben 160.000 Kinder nicht einmal ein eigenes Bett. Das Ziel: "Jedem Schulkind ein eigenes Zimmer" ist sicher kurz- und vielleicht auch mittelfristig nicht zu erreichen. Aber Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft sollen es sich zur gemeinsamen Aufgabe machen. Andere Gruppen, die im sozialen Mietwohnungsbau noch stärker berücksichtigt werden müssen, sind die Alleinstehenden, insbesondere die alten Menschen, die Gastarbeiter und die Behinderten.

Die Forderung, "der soziale Mietwohnungsbau muß noch sozialer werden" bedeutet natürlich auch, daß alle Bewohner am modernen Wohnungsstandard teil-

haben. Das heißt: Bad, WC und Sammelheizung in allen Wohnungen. Hier liegt ein Schwerpunkt der Wohnungspolitik auf lange Jahre. Der Deutsche Bundestag hat deshalb für 1974 doppelt soviel Mittel für die Modernisierung bereitgestellt wie 1973. Auch für die kommenden Jahre ist die Förderung gesichert. Von den zur Zeit unvermietbaren und unverkäuflichen Wohnungen ist nur ein Teil zur Umwandlung in Sozialwohnungen geeignet. Über die Frage, was notwendig und angemessen ist, gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen. Sie gehen von 100.000 bis 250.000 Wohnungen jährlich, wobei oft die niedrigsten Zahlen von denen angegeben werden, die das ganze Problem des sozialen Wohnungsbaues im komfortablen Eigenheim bedenken.

Nach meiner Ansicht sollte zunächst als Ziel angestrebt werden, die Fertigstellungszahlen des Jahres 1973 und die voraussichtlichen Zahlen des Jahres 1974 auch in den nächsten Jahren zu erreichen; denn 169.000 Sozialwohnungen im Jahre 1973 und eine aller Voraussicht nach nur leicht darunter liegende Zahl für 1974 sind Ergebnisse, die sich sehen lassen können. Im Augenblick sieht das Bild bei den Bewilligungszahlen, die Auskunft über die künftigen Fertigstellungen geben, allerdings noch nicht so gut aus. Hier zeigt sich, daß der Bedarfsdruck nachgelassen hat. Manch' einer, der vor einem Jahr noch aus seiner unzureichenden Wohnung in eine bessere Wohnung drängte, ist unsicher geworden, scheut die höheren Miet- und Nebenkostenausgaben und behilft sich lieber noch eine Weile. Hier haben Bundesregierung und Bundestag bereits Entscheidungen getroffen, die aller Voraussicht nach im nächsten Jahr zu einer optimistischeren Verhaltensweise führen.

Die Bundesregierung hat eine stärkere Förderung im Einzelfall vorgesehen, so daß für die bisher benachteiligten Gruppen günstigere Mieten entstehen. Die in diesem Herbst verteilten Mittel zur Konjunkturförderung werden sich, soweit sie den Wohnungsbau betreffen, z.T. zusätzlich zur normalen Förderung des Jahres 1975 auswirken. Die Bürger werden auch im Jahre 1975 wieder einen Zuwachs ihres Nettoeinkommens haben, wozu vor allem die Steuerreform und das Kindergeld beiträgt. Dies wird sie ermutigen und die Nachfrage stützen.

Alles in allem: Auch unter schwieriger gewordenen Verhältnissen kann in Zusammenarbeit von Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft und bei verständnisvoller Haltung aller am Wohnungsgeschehen Beteiligten - wobei ich die Mieter ausdrücklich einschließen möchte - der soziale Mietwohnungsbau noch sozialer werden.
(-/2.12.1974/ks/pr)

+ + +

Der Auslandskommentar des SPD-Presseamtes

Rumänien KP weiter auf eigenem Kurs

Ceausescu Absage an jeden Majorisierungsversuch

Der XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Rumäniens hat erneut die Führungsrolle des Generalsekretärs Nicolae Ceausescu bestätigt, die außenpolitische Selbständigkeit Rumäniens bekräftigt und die "unlösbare Einheit von Partei, Nation und Staat" beschworen. Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch soll der Weg Rumäniens zum Kommunismus "unbeirrt und mutig" fortgesetzt werden, wobei die Partei und ihre Führungsorgane "auf allen Ebenen als Motor der Entwicklung" anzusehen sind.

Mit einer für westliche Beobachter kaum vorstellbaren Disziplin und Intensität hat der Parteitag die wirtschaftlichen Probleme des Landes erörtert, gelegentlich auch Selbstkritik an Unzulänglichkeiten geübt und die Planvorstellungen für die kommenden Jahre herausgestellt. Wie bei den meisten früheren Agrarländern Osteuropas steht hierbei das Tempo der Industrialisierung im Vordergrund aller Überlegungen. Mit einem gewissen Stolz wurde festgestellt, daß zum erstenmal in der Geschichte Rumäniens die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeitnehmer die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen überschritten hat. Die Industrieproduktion ist in den vergangenen fünf Jahren um rd. 30 vH gestiegen und soll bis 1980 erneut um rd. 20 vH ansteigen. In diesem Zeitraum soll die Qualität der Industrieprodukte verbessert, die Zusammenarbeit mit den westlichen und östlichen Industriestaaten erheblich verstärkt und der Lebensstandard der ländlichen und städtischen Bevölkerung "gleichmäßig angehoben" werden. Parallel hierzu wird die Verbesserung des Bildungswesens angestrebt, soll der Wohnungsbau qualitativ und quantitativ gefördert und die Infrastruktur "des ganzen Landes" modernisiert werden.

Allen diesen, vom Parteitag immer wieder mit enthusiastischen Beifallstürmen begleiteten Ankündigungen liegen die "Direktiven der RKP zum Fünf-Jahresplan 1976 bis 1980 und die Leitlinien für die ökonomisch-soziale Entwicklung Rumäniens in der Periode 1981 - 1990" zugrunde.

Das Studium des hier nur skizzenhaft dargestellten Gesamtprogramms läßt ahnen, daß die darin enthaltenen Planziele nur unter bestimmten Voraussetzungen erreicht werden können: wenn nämlich Rumänien in der Lage bleibt, seine nach Westen und Osten hin offene Ökonomie in Verbindung mit der eigenen Substanz an natürlichen Reichtümern voll zu entwickeln und wenn das rumänische Volk tatsächlich die Führungsrolle der Partei vorbehaltlos billigt und sie ihm auferlegten Opfer "auf dem Weg zum Kommunismus" auf sich nimmt.

Um der ersten Voraussetzung gerecht zu werden, hat Generalsekretär Ceausescu in seinem großen Rechenschaftsbericht keinen Zweifel daran gelassen, daß Rumänien außen- und wirtschaftspolitisch seinen eigenen Weg weiterzugehen gedenkt. Das bezieht sich sowohl auf die Beziehungen zu den kommunistisch regierten Ländern als auch zu jenen Staaten, in denen andere Regierungs- und Gesellschaftsordnungen bestehen. Eingeschlossen in diese Politik der Öffnung "gegenüber den antiimperialistischen und progressiven Kräften in der Welt" sind die Staaten der Dritten Welt und zahlreiche Befreiungsbewegungen unterschiedlichster politischer Zielsetzung. Entsprechend dieser Grund-

haltung konnte der Parteitag 136 Delegationen aus aller Welt begrüßen, eine stattliche Zahl, die bisher wohl bei keinem kommunistischen Parteitag zu verzeichnen war.

Mit besonders starkem Beifall hat der Parteitag Ceaucescus Äußerungen zur Abrüstungsfrage registriert und auch jene Passagen gewürdigt, in denen von der Notwendigkeit der Auflösung der Militärblöcke in Ost und West sowie die Errichtung atomwaffenfreier Zonen die Rede war. In diesem Zusammenhang nannte Ceaucescu die verstärkte Aufrüstung, die Ansammlung neuer Vernichtungswaffen und die Erhöhung der militärischen Ausgaben "eine ernste Gefahr für die Sicherheit aller Völker und für den Weltfrieden."

Die zweite Voraussetzung für die Durchführung des vom Parteitag verabschiedeten Programms ist ohne Zweifel die von der RKP immer wieder beschworene Einheit von Partei, Volk und Staat, das heißt, die Identifizierung des rumänischen Volkes mit den Zielen der kommunistischen Partei. Die Parteiführung strebt die Lösung dieses Problems offensichtlich dadurch an, daß sie - übrigens in viel stärkerem Maße als in früheren Jahren - die Mitglieder der unteren Parteiorganisationen, der Gewerkschaften, der Fabrikeinheiten und der landwirtschaftlichen Genossenschaften in die Diskussion, besonders über die ökonomische Planung, einbezieht. So sind die Entwürfe zum neuen Programm bereits einige Monate vor dem Parteitag überall im Lande zur Diskussion gestellt worden. Zahlreiche Anregungen, die aus diesen Diskussionen hervorgegangen waren, konnten auf dem Parteitag selbst ihren Niederschlag finden. Bei der Wahl der Parteitagsdelegierten hat es Kampf Abstimmungen gegeben, und bei der Wahl zum Zentralkomitee präsentierten sich 130 Kandidaten mehr zur Wahl als Plätze zur Verfügung standen. Das neue Zentralkomitee hat dadurch eine erhebliche Verjüngung erfahren.

Ob alle auf dem Parteitag anwesenden ausländischen kommunistischen Parteidelegationen mit den jetzt verabschiedeten Beschlüssen und Direktiven vollinhaltlich einverstanden sind, ist schwer abzuschätzen. In zahlreichen Unterhaltungen war z.B. zu hören, daß der betonte Souveränitätsanspruch der rumänischen Kommunisten nicht unkritisch zur Kenntnis genommen wurde. Auch Ceaucescus Hinweise auf die Fortsetzung der Rüstungen, die schleichenden Abrüstungsgespräche, fanden nicht überall Beifall, zumal deutlich wurde, daß die RKP keine Seite von ihren Warnungen vor dem Rüstungswettlauf ausschließt. Im Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die nach allen Seiten weiterentwickelt werden sollen, läßt die rumänische Haltung erkennen, daß man sich keiner übergeordneten Instanz zu beugen gedenkt. Und schließlich: Durch Ceaucescu zwar bekannte, aber auf dem Parteitag unter starkem Beifall noch einmal ausdrücklich bestätigte Absage an jeden Majorisierungsversuch bei einer von Moskau angestrebten Weltkonferenz der kommunistischen Parteien, ist Bukarest heute näher denn je an Belgrad herangerückt.

Günter Markscheffel
(-/2.12.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller